

Alte und neue Heimat

Ungarn - Zwischen Hysterie und realen Problemen

Sendedatum: 18. März 2012

von Anat Kálmán

ATMO... aus dem Friedensmarsch am 21.1. in Budapest, man hört die Menschen die ung. Nationalhymne singen... und dann klatschen...

Sprecherin Am 21. Januar demonstrierten die Menschen in Budapest nicht nur für den regierenden Ministerpräsidenten Viktor Orban, sondern in erster Linie gegen die *unfaire westeuropäische Ungarnkritik*. ***ATMO... aus dem Friedensmarsch am 21.1. in Budapest da hinein*** Denn unschön klingt es aus dem Westen herüber: Ungarn sei auf dem Weg in die Diktatur, es gäbe keine Pressefreiheit mehr, das neue Wahlrecht würde nur die parlamentarischen Mehrheiten stärken und der regierende konservative Ministerpräsident hätte eine neue Verfassung eingeführt, um die Macht seiner Partei auf Dauer abzusichern. - Gegen diese Radikalverurteilung wehren sich auch immer mehr ungarische Intellektuelle. Einer von ihnen ist der französisch-ungarische Jurist Georges Károlyi, Gründer des europäischen Wissenschaftszentrums Schloss Károlyi.

Zuspiel Georges Károlyi FRZ In der Regel basiert eine Anklage auf präzisen Vorwürfen. Darauf kann man dann mit Gegenbeweisen antworten. Nur, hier ist es genau umgekehrt. Hier heißt es erst einmal Orban sei ein Diktator, in Ungarn würde die Demokratie abgeschafft und daraus ergibt sich dann, dass alle neuen Gesetze ab sofort schlecht sind. Was will man auf solche Allgemeinplätze noch antworten?

Sprecherin In einem offenen Schreiben an die Europäische Kommission hat Georges Károlyi aufgelistet, welche Vorwürfe ungerechtfertigt sind. Die „provisorische Verfassung“ aus dem Wendejahr 1990 musste endlich durch eine neue, endgültige Verfassung ersetzt werden. Das war schon seit langem überfällig. Und in dieser neuen Verfassung verweist nichts auf Sonderrechte für den Premierminister oder den Staatspräsidenten. Ebenso verhält es sich mit dem neuen ungarischen Wahlrecht. Es vereinfacht zunächst einmal das Wahlverfahren selbst. Ab sofort gibt es nicht mehr zwei, sondern nur noch einen Wahlgang und die Frage, welches Wahlrechtssystem den kleinen Parteien mehr Chancen gibt, ist nicht nur in Ungarn, sondern in ganz Europa noch lange nicht ausdiskutiert.

Wo liegt also das Problem? Andreas Oplatka, Professor für Zeitgeschichte und ehemaliger Osteuropa-Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* meint: Die FIDESZ-Regierung mache Fehler. Nicht in den genannten Bereichen, aber in anderen - zum Beispiel bei der Wahl des neuen Medienrates, der ausschließlich aus Mitgliedern der Regierungspartei besteht.

Zuspiel Andreas Oplatka Deutsch Ich denke es ist sehr zweifelhaft einen Medienrat einzusetzen, der auf neun Jahre lang nicht verändert werden kann und der doch parteipolitisch absolut einseitig ist.

Sprecherin Trotzdem warnt auch er. In der Kritik gegenüber Ungarn mischt sich oft Berechtigtes mit einseitiger politischer Propaganda. Denn Ungarnkenner wissen: bis 2010 waren die staatlichen Fernsehsender ausschließlich in den Händen der sozialistischen, sprich ehemals reformkommunistischen Führungselite. Der Medienrat sollte dazu beitragen dieses Monopol zwanzig Jahre nach der politischen Wende zu brechen.

Zuspiel Andreas Oplatka Deutsch Auf der anderen Seite ist das Mediengesetz dann hier in den westeuropäischen Medien aufgeblasen worden, wie wenn damit in Ungarn von heute auf morgen damit die Zensur eingeführt worden wäre. Wer die ungarische Medienlandschaft kennt und weiß, was dort auch täglich geschrieben wird, in den oppositionellen Blättern beispielsweise, der muss sagen, davon ist keine Rede.

Sprecherin Vieles ist in den letzten zwanzig Jahren seit der politischen Wende verschleppt oder nicht einmal in Angriff genommen worden: Die Rentenreform, die Neuorganisation des Gesundheitswesens, die Reduzierung des aufgeblähten Staatsapparates, die Verkleinerung des Parlaments, die Steuerreform, die Pluralisierung der staatlichen Medien. Darüber hinaus hat die Regierung Orban 2010 eine schwere Erbschaft übernommen: Ein hochverschuldetes und verarmtes Land, aus dem ausländische Unternehmen jährlich rund 300 Millionen Euro Profit *unversteuert* in den Westen abgezogen haben. Ein Land, in dem die sozialistische Führungselite 8 Jahre lang bedeutende staatliche Unternehmensanteile und Immobilien an sich selbst und an ihre politischen Freunde verteilt hat und den Staat so um Einnahmen in Milliardenhöhe brachte - Nun will Viktor Orban all das in *nur* vier Jahren ändern. Kurzum, er legt sich mit allen an und dabei macht er notgedrungen Fehler und überschreitet auch Grenzen. Deshalb warnen ungarische Intellektuelle wie Andreas Oplatka und Georges Károlyi: Kritik an einzelnen Gesetzen ist angebracht und wichtig, nur bitte, man sollte genau wissen, was und vor allem *wie* man kritisiert.

Zuspiel Georges Károlyi FRZ Die Integration der osteuropäischen Länder ist kein eingleisiger Prozess. Jeder neue Mitgliedsstaat muss sich den Regeln der EU anpassen. Aber auch die Familie der EU muss sich bemühen, die neu aufgenommenen Länder in ihrer Eigenart zu verstehen. Und da gibt es meiner Ansicht nach ein Defizit. Niemand fragt sich, was der Hintergrund für bestimmte Regierungsentscheidungen ist. Und daraus entstehen die vielen Übertreibungen, die wir in dieser Medien-Kampagne gegen Ungarn beobachten können.